

Medienmitteilung

12. November 2009

Herbst-Plenarversammlung von **bauenschweiz** mit Referat von Bundesrat Ueli Maurer

Klimapolitik ohne Experimente im Blickfeld

Weil auch die Bauwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leistet und von klimapolitischen Massnahmen stark betroffen ist, sieht sie sich einer effizienten Klimapolitik verpflichtet. An ihrer Herbst-Plenarversammlung hat sich die Dachorganisation **bauenschweiz** der Diskussion um eine Revision des CO₂-Gesetzes gestellt. Dazu wurde den Delegierten eine Resolution vorgelegt, welche eine Fortführung der bisherigen bewährten Klimapolitik und den Verzicht auf Experimente durch eine Totalrevision des CO₂-Gesetzes fordert.

Als Gastreferent stellte Bundesrat Ueli Maurer, Chef des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), seine Ausführungen unter den zukunftssträchtigen Titel „Nichts ist je fertig gebaut“. Bundesrat Maurer würdigte die Bedeutung der Bauwirtschaft für die schweizerische Wirtschaft und erinnerte daran, dass sein Department ein guter Auftraggeber sei. Das Parlament habe mit den Immobilienbotschaften der letzten drei Jahre über 900 Millionen Franken an Verpflichtungskrediten gesprochen. Die Bauvorhaben in allen Landesteilen kämen der gesamten Bauwirtschaft zu Gute. Maurer führte aus, dass er mit einem Mehrbedarf von rund 100 Millionen Franken pro Jahr für den Gebäudeunterhalt rechne. Dieser sei in den letzten Jahren wegen Geldmangels vernachlässigt worden.

In seiner Begrüssungsansprache hatte **bauenschweiz**-Präsident alt Nationalrat Robert Keller die gesamtwirtschaftliche Lage Revue passieren lassen und darauf hingewiesen, dass unser Land beim internationalen Finanz-Erdbeben noch einigermaßen glimpflich davon gekommen war. Auch ein Immobilien-Crash fand in der Schweiz nicht statt, doch gelte es verschiedene Lehren aus dem Debakel zu ziehen. Die Realwirtschaft hat nach der Beurteilung durch Keller das Ende des Tunnels noch nicht erreicht und gemäss den neuesten Prognosen reagieren Bauwirtschaft und Immobilienbranche mit Verzögerung auf die gesamtwirtschaftlichen Ausschläge. Wichtiges Anliegen muss nach den Worten des **bauenschweiz**-Präsidenten die Erhaltung und der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur sein. Dazu sind Investitionen in Strassen, Bahnen, Bauten, aber auch Energieversorgung und Kommunikation zu tätigen, denn ein Hinausschieben notwendiger Massnahmen kommt uns teurer zustehen.

Um die für diese Aufgaben notwendigen Fachleute zur Verfügung zu haben, müssen laut Keller im Bildungsbereich Akzente gesetzt und Schwerpunkte formuliert werden. Unser duales System mit einem Drittel Hochschulabsolventen und zwei Drittel praktischer Berufsbildung hat sich bewährt. Nur auf diese Weise kann es gelingen, den akuten Mangel an Ingenieuren zu beheben.

Als aktuelle politische Baustelle führte der **bauenschweiz**-Präsident das öffentliche Beschaffungswesen als Kernthema der ganzen Baubranche an und sieht gespannt auf die Revision der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen, die bereits per 1. Januar 2010 in Kraft treten soll. Ganz besonders stark beschäftigt die Baubranche auch die Revision des Bauhandwerkerpfandrechts. Dabei ist es laut Keller für das Baugewerbe wichtig, dass das Grundpfand der Subunternehmer nicht eingeschränkt wird.

Georges Spicher, Direktor cemsuisse, Verband der schweizerischen Cementindustrie, plädierte für eine gezielte Revision des bewährten CO₂-Gesetzes statt einer Totalrevision wie vom Bundesrat beabsichtigt. Damit würde eine wirkungsvolle Grundlage für die 20-prozentige Reduktion der CO₂-Emissionen für die Periode 2013–2020 geschaffen. Insbesondere die zwangsweise Verknüpfung des schweizerischen Emissionshandelssystems mit demjenigen der EU wurde von allen massgebenden Wirtschaftsverbänden abgelehnt. Von daher ist einzig eine optionale Anbindung an das EU ETS vorzusehen, welche denjenigen Unternehmen offenstehen soll, die eine solche Verknüpfung wünschen. Wichtig ist aus Sicht der Wirtschaft ebenfalls, dass die heute in der CO₂-Verordnung verankerte Wachstumsklausel neu ins revidierte CO₂-Gesetz aufgenommen wird. Diese Klausel sieht vor, dass bei einem wirtschaftlichen Wachstum einer Branche oder Unternehmung ebenfalls die zugestandenen CO₂-Emissionsrechte erhöht werden. „Es macht schlichtweg keinen Sinn, die schweizerische Wirtschaft mit Milliarden von Franken anzukurbeln, und gleichzeitig mit dem CO₂-Gesetz eine Wachstumsbremse zu schaffen“, so Georges Spicher.

Ausgewogene Werkvertragsbedingungen sind ein Anliegen der gesamten Bauwirtschaft, wie Thomas Grossenbacher aus der Sicht des Verbands Schweizerischer Generalunternehmer, VSGU, darlegte. Dass beispielsweise die Bauunternehmen immer höhere Garantieleistungen gegenüber Auftraggebern stellen müssen, wird seit längerem im Kreis von Bauherren, Ingenieurbüros, Bauunternehmen, Banken und Versicherungen diskutiert. Wird die Realisierung von Bauprojekten übermässig abgesichert, sind das teuer erkaufte Sicherheiten zulasten der Unternehmen und Steuerzahler, meinte Grossenbacher und plädierte ganz allgemein für faire Rahmenbedingungen.

Curt M. Mayer, Medienbeauftragter **bauenschweiz**